

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik  
und Verbraucherschutz

zu dem

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einführen - Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher herstellen**

- Drucksache 6/2511 -

Berichtersteller: Abgeordneter Marco Büchel (DIE LINKE)

### **Beschlussempfehlung:**

Der Landtag Brandenburg möge den Antrag ablehnen.

Datum des Eingangs: 07.03.2016 / Ausgegeben: 07.03.2016

**Bericht:****A. Allgemeines**

Der Landtag Brandenburg hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einführen - Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher herstellen“ (Drucksache 6/2511) in seiner 17. Sitzung am 24. September 2015 an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz überwiesen.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz befasste sich mit dem Antrag in seiner 10. Sitzung am 7. Oktober 2015, 11. Sitzung am 11. November 2015, 12. Sitzung am 9. Dezember 2015, 13. Sitzung am 13. Januar 2016 sowie abschließend in seiner 14. Sitzung am 2. März 2016.

**B. Beratung**

Mit dem Antrag wird das Ziel verfolgt, die Landesregierung aufzufordern, sich für eine Überarbeitung und Ausweitung der Kennzeichnungspflicht von Fleischprodukten auf Bundes- und EU-Ebene einzusetzen. Eine Kennzeichnungspflicht für alle unverarbeiteten und verarbeiteten, abgepackten und nicht abgepackten Fleischprodukte solle möglichst analog zu Hühnereiern unter Angabe des Herkunftsortes und der Haltungsform geschaffen werden.

Der Landtag solle feststellen, dass Eier aus Käfighaltung seit der im Jahr 2004 eingeführten verpflichtenden Kennzeichnung für Hühnereier, aus der in der ersten Ziffer die Haltungsform ersichtlich sei, aus dem Lebensmitteleinzelhandel verschwunden seien. Verbraucherinnen und Verbraucher seien bei eindeutiger und unmissverständlicher Kennzeichnung bereit, höhere Preise für tierische Produkte aus besseren Haltungsstandards zu bezahlen. Es bestehe durch eine transparente und differenzierte Kennzeichnung von Fleischprodukten die Gelegenheit, dass Bäuerinnen und Bauern für ihre Bemühungen beim Tierwohl mit fairen Preisen belohnt würden. Aktuell seien die Verbraucherinnen und Verbraucher mit Ausnahme des Bio-Siegels kaum in der Lage, beim Einkauf schnell und zuverlässig Informationen über die Haltungsbedingungen der Tiere zu erlangen. Stattdessen gebe es bei vielen Produkten irreführende Bezeichnungen oder Abbildungen einer Bilderbuch-Landwirtschaft. Ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft komme zu dem Schluss, dass eine eindeutige Kennzeichnung der Haltungsbedingungen zu mehr Tierwohl in der Nutztierhaltung führen könne.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz beschloss in seiner 10. Sitzung am 7. Oktober 2015 einstimmig (8 : 0 : 0) die Durchführung einer Anhörung. In der darauf folgenden 11. Sitzung am 11. November 2015 verständigte sich der Ausschuss einvernehmlich, die Anhörung in der 12. Sitzung am 9. Dezember 2015 durchzuführen.

Vertreterinnen und Vertreter von pro agro - Verband zur Förderung des ländlichen Raumes in der Region Brandenburg-Berlin e. V., vom Landesbauernverband Brandenburg e. V., vom Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt des Landkreises Teltow-Fläming, des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg e. V., von foodwatch

e. V. und von der Fleischer-Innung Berlin wurden hierzu eingeladen und nahmen die Gelegenheit wahr, ihre jeweiligen Positionen zu den Anträgen auch anhand eines Fragenkatalogs der Fraktionen darzulegen. In der anschließenden Diskussion konnten von den Abgeordneten einige Punkte der Ausführungen und vorliegenden Stellungnahmen hinterfragt sowie inhaltlich vertieft werden. Hinsichtlich der Ausführungen wird auf das Ausschussprotokoll (P-AEEV 6/12) verwiesen.

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz vertagte die für die 13. Sitzung am 13. Januar 2016 geplante abschließende Beratung auf Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE und erarbeitete seine Beschlussempfehlung an den Landtag in der 14. Sitzung am 2. März 2016. Hierzu lagen dem Ausschuss ein gemeinsamer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE (vgl. Anlage 1) und ein Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (vgl. Anlage 2) vor.

Zu Beginn der Sitzung beantragte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Debatte über die Tagesordnung, die abschließende Beratung erneut zu verschieben auf eine der nächsten Ausschusssitzungen. Es gebe einen gemeinsamen Beschlussvorschlag seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE, in der darauf abgezielt werde, dass auf ein Gutachten auf Bundesebene gewartet werde. Das sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch so. Sie würde auch gern darauf warten. Nun müsse sich der Ausschuss auf ein Verfahren verständigen. Er empfehle, dass Gutachten abzuwarten und die abschließende Beratung im Ausschuss dann fortzuführen, wenn dieses vorliege.

Die SPD-Fraktion beantragte wiederum, dass der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung bleibe. Innerhalb der Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE hätten sie aus der Anhörung eine eindeutige Verständigung zu dem Antrag erreicht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zog ihren Antrag zurück und brachte nun einen Beschlussvorschlag als Tischvorlage ein.

In der abschließenden Beratung des Antrags erinnerte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Anhörung zu dem Antrag. Diese habe für die Fraktion nicht ausschließlich positive und erfreuliche Ergebnisse gebracht. Sie hätte einräumen müssen, dass es bei dem Thema „verarbeitetes Fleisch“ durchaus nachvollziehbare Bedenken gebe. Das habe sie in ihrem Beschlussvorschlag auch aufgenommen. Sie gehe auf die Forderung ein, dass das zunächst für unverarbeitete Fleischprodukte gelten solle. Der andere Punkt, der in der Anhörung deutlich geworden sei, sei, dass auf Bundesebene nach wie vor der Abschlussbericht einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe offen sei. Darum habe sie zu Beginn der Sitzung beantragt gehabt, die abschließende Beratung zu verschieben. Jetzt werde folgendes passieren, dass es zwei unterschiedliche Beschlussempfehlungen geben werde, die verschiedene Zustimmungen erhalten würden. Damit sei das Thema nicht beendet. Die Abgeordneten würden sich dazu ohnehin noch einmal unterhalten. Es hätte aber die Möglichkeit gegeben, den Abschlussbericht abzuwarten. An dem gemeinsamen Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vermisse die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Aufforderung an die Landesregierung. Man könne den Anspruch haben, sie seien nun Beobachter und würden erst einmal abwarten und erarbeiteten erst danach eine Position. Die Anhörung habe verdeutlicht, dass der Verbraucher hier Ansprüche habe. Die weitaus größte Zahl der Menschen in Deutsch-

land sei dafür, stärker auf das Tierwohl zu achten. 45 % seien auf jeden Fall bereit, mehr für das Tierwohl in den Ställen zu bezahlen; 44 % seien „eher“ dazu bereit. Das sei eine überwiegende Mehrheit. Dem sollte man nachkommen, nicht nur als Beobachter, und der Landesregierung den Auftrag geben, sich auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen. In die Richtung gehe der Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dazugelernt hätte sie, dass sie es nicht 1:1 von der Eierkennzeichnung übernehmen könnten. Darum sei diese in dem Beschlussvorschlag nur noch als Beispiel enthalten. Sie sei von der ursprünglichen Forderung abgewichen, dass es nur für unverarbeitete Fleischprodukte gelten solle.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE erklärten, dass sie sich geeinigt hätten, dass sie unter Würdigung der Ergebnisse, die die Anhörung gebracht hätte, trotzdem dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/2511) vorschlagen wollten. Das erfolge auch unter Berücksichtigung der in die Abwägung mit berücksichtigten Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die zeitweilig eingerichtet sei und eben noch zu keinem Abschlussergebnis gekommen sei. In dieser Sitzung sollte der Schnitt gemacht und der Beschluss gefasst werden, den Antrag abzulehnen. Damit sei die Diskussion aber über dieses Thema nicht beendet. Es sei jeder Fraktion unbenommen, nach Veröffentlichung der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe dieses Thema noch einmal aufzurufen.

Die CDU-Fraktion hätte es begrüßt, wenn sich die SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE dazu bereitgefunden hätten, den Tagesordnungspunkt zu verschieben und wieder aufzurufen, wenn die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ihr Ergebnis vorgestellt habe. Letztendlich habe der Ausschuss eine Anhörung durchgeführt. Es gebe noch ein paar Erkenntnisse, die sie gewonnen hätten. Es gebe aber auch eine Reihe von Erkenntnissen insbesondere zu dem Aufwand, zu den Risiken und zu der Kontrolle einer solchen Fleischkennzeichnung, die erst in der Arbeitsgruppe vertieft erörtert würden. Dass sie jetzt auf halber Strecke stehen blieben, und dann im Ergebnis die Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgewürgt werde, sei an der Stelle nicht sachgerecht. Zum jetzigen Zeitpunkt könne die CDU-Fraktion allerdings ohne die Erkenntnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe dem Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen. Da seien noch einige offene Felder. Die CDU-Fraktion hätte es begrüßt, wenn der Ausschuss noch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abgewartet hätte. Wenn dies nicht möglich sein sollte mit der Koalition, dann sei die CDU-Fraktion gezwungen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Sie biete aber an, sich nach der Vorlage der Ergebnisse der Arbeitsgruppe gegebenenfalls zusammen hinzusetzen, diese auszuwerten und eine neue Initiative zu starten. Die Koalition werde das Thema auf diese Weise nicht loswerden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte fest, dass es darauf hinauslaufen werde, dass das Thema noch einmal aufgerufen werde. Im Idealfall gebe es vielleicht einen fraktionsübergreifende Antrag hierzu. Sie fragte, wie sich die Landesregierung in dem Prozess für die Verbraucher einbringen könne, was im Moment auf Bundesebene geschehe.

Das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz antwortete, dass die Länder daran interessiert seien, dass es eine bundeseinheitliche Lösung geben müsse und solle. Es werde der Debatte, die geführt werde, nicht vorgreifen. Das Ministerium halte es für richtig, dass, wenn es denn Resultate von der Arbeitsgruppe

gebe, diese hier gemeinsam diskutiert würden und dann die Schlussfolgerungen gezogen würden, was davon konkret am schnellsten und günstigsten für Brandenburg umgesetzt werden könne.

Der Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde in der anschließenden Abstimmung mit einer Ja-Stimme bei acht Nein-Stimmen und keiner Enthaltung (1 : 8 : 0) mehrheitlich abgelehnt.

Danach stimmte der Ausschuss mehrheitlich mit sieben Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung (7 : 1 : 1) für den gemeinsamen Beschlussvorschlag von der SPD-Fraktion und von der Fraktion DIE LINKE und damit für die Empfehlung, dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 6/2511) zu empfehlen.

Marco Büchel  
Berichtersteller und Vorsitzender  
des Ausschusses für Europaangelegenheiten,  
Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz

#### **Anlagen**

- Anlage 1: Gemeinsamer Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
- Anlage 2: Beschlussvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

Landtag Brandenburg  
Ausschuss für Europaangelegenheiten,  
Entwicklungspolitik  
und Verbraucherschutz  
im Hause

Potsdam, 01.03.2016

**Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN „Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einführen – Transparent für Verbraucherinnen und Verbraucher herstellen“ (Drucksache 6/2511)**

Die Koalitionsfraktionen beantragen, den oben genannten Antrag abzulehnen.

Begründung:

Das Interesse bei Verbraucherinnen und Verbrauchern an einer tierwohlgerichteten Fleischproduktion hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Grundsätzlich sind Initiativen zu begrüßen, die zu mehr Transparenz hinsichtlich der Lebensmittelerzeugung führen und die es den Verbraucherinnen und Verbrauchern ermöglichen, Kaufentscheidungen von der Art der Tierhaltung abhängig zu machen. Kennzeichnungssysteme müssen dabei geeignet sein, die angestrebte Verbesserung des Tierwohls zu erreichen und sie müssen organisatorisch und wirtschaftlich praktikabel umsetzbar sein.

Die im Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz durchgeführte Anhörung hat jedoch erhebliche Bedenken gegen die Wirksamkeit und Umsetzbarkeit der im Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Tierhaltungskennzeichnung ergeben.

Die Agrarministerkonferenz im September 2014 in Potsdam hat eine zeitlich befristete Ländrarbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt zu prüfen, ob ein Tierhaltungskennzeichnungsverfahren für frisches Fleisch praktikabel eingeführt werden kann. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe liegt noch nicht vor. Er wird die rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für eine mögliche Einführung einer Tierhaltungskennzeichnung beleuchten. Vor einer Entscheidung über eine Unterstützung für die Einführung einer Tierhaltungskennzeichnung müssten diese Ergebnisse ausgewertet und berücksichtigt werden.

Unabhängig davon sind freiwillige Zertifizierungssysteme für Fleisch unterstützenswert, die zu mehr Transparenz über die Haltungsbedingungen der Tiere führen (z.B. Bio-Siegel, Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes).



Tina Fischer  
Fraktion der SPD



Marco Büchel  
Fraktion DIE LINKE

**Landtag Brandenburg**  
6. Wahlperiode



## **Beschlussempfehlung**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**an den Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz zur Beratung am 2.03.2016**

**zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch einführen – Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher herstellen“**

Der Ausschuss für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz möge beschließen:

Der Antrag in Drucksache 6/2511 wird wie folgt neu gefasst:

Derzeit ist es den VerbraucherInnen – abgesehen vom Bio-Siegel und Kennzeichnungen bestimmter Bio-Anbauverbände - kaum möglich, sich beim Einkauf einen schnellen und verlässlichen Überblick über die Haltungsbedingungen der Tiere zu verschaffen und bewusste Kaufentscheidungen zu treffen. Da es für Fleischprodukte aus der konventionellen Tierhaltung keine verpflichtende Kennzeichnung gibt, ist keine durchgängige Vergleichbarkeit unterschiedlicher Tierhaltungsstandards möglich. Stattdessen werden bei vielen Produkten irreführende Bezeichnungen verwendet oder mit Abbildungen einer Bilderbuch-Landwirtschaft über die tatsächlichen Haltungsbedingungen hinweggetäuscht.

Vor dem Hintergrund der aktuell drastisch eingebrochenen Erzeugerpreise insbesondere beim Schweinefleisch bietet eine klare und differenzierte Kennzeichnung von Fleischprodukten die Chance, dass Bäuerinnen und Bauern für ihre Anstrengungen beim Tierwohl von den VerbraucherInnen mit höheren Preisen entlohnt werden. Der aktuelle Ernährungsreport des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat ergeben, dass 45 Prozent der Befragten „auf jeden Fall“ und weitere 44 Prozent „eher bereit“ wären, für mehr Tierwohl in den Ställen mehr zu bezahlen<sup>1</sup>. 82 Prozent der Befragten fänden es wichtig, Informationen zu den Haltungsbedingungen auf der Verpackung zu finden. Nach einer Forsa-Umfrage sprechen sich auch 71 Prozent der LandwirtInnen für eine verpflichtende Kennzeichnung der Tierhaltungsform aus<sup>2</sup>.

Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat sich in seinem Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ eindeutig für mehr Transparenz bei der Lebensmittelkennzeichnung und die Einführung eines

<sup>1</sup> [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Ernaehrungsreport2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Ernaehrungsreport2016.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>2</sup> [https://www.slowfood.de/w/files/aktuelles\\_2016/whes\\_2016\\_forsa\\_umfrage\\_kennzeichnung.pdf](https://www.slowfood.de/w/files/aktuelles_2016/whes_2016_forsa_umfrage_kennzeichnung.pdf)

staatlichen Labels ausgesprochen.<sup>3</sup> Das Gutachten zeigt auf, dass das Marktpotenzial für Fleischprodukte mit höheren Tierschutzstandards nicht annähernd ausgeschöpft wird. Die Eier-Kennzeichnung und die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen machen deutlich, dass bei Vollkennzeichnung eine deutlich höhere Marktdurchdringung der tierfreundlichen/GVO-freien Varianten erzielt wurde als bei ausschließlichem Positiv-Labeling.

Der Landtag möge beschließen:

**Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Überarbeitung und Ausweitung der Kennzeichnungspflichten von Fleischprodukten einzusetzen. Zunächst soll für alle unverarbeiteten Fleischprodukte eine Kennzeichnungspflicht angestrebt werden, die Rückschlüsse auf die Haltungsform ermöglicht. Sobald bundes- bzw. europaweit valide Datengrundlagen zu Tierwohl-Indikatoren vorliegen, soll geprüft werden, in wie weit diese Eingang in eine verpflichtende Kennzeichnung finden können.

Darüber hinaus setzt sich die Landesregierung für den Ausbau der Direktvermarktung in Brandenburg ein und unterstützt Initiativen von LandwirtInnen für mehr Transparenz in der brandenburgischen Tierhaltung.

**Begründung:**

Nach einer aktuellen Umfrage von TNS Infratest geben 96 Prozent der Befragten an, dass ihnen ein tiergerechtes Leben von Nutztieren wichtig ist.<sup>4</sup> Damit Verbraucherinnen und Verbraucher ihren Beitrag für mehr Tierwohl in der Landwirtschaft leisten können, müssen sie beim Einkauf in die Lage versetzt werden, sich schnell und unkompliziert über die Haltungsbedingungen der Tiere zu informieren.

Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des baden-württembergischen Agrarministers arbeitet derzeit Empfehlungen für eine Kennzeichnung von Fleischprodukten aus, hierbei wird auch die Kennzeichnung analog zu Hühnereiern geprüft. Konkrete Ergebnisse stehen aktuell noch aus. Die Brandenburger Landesregierung soll sich konstruktiv in die Diskussion einbringen und sich für eine weitergehende Kennzeichnung von zunächst unverarbeiteten Fleischprodukten im Hinblick auf Haltungs- und Tierwohlaspekte einsetzen.

Weiterhin sollen jegliche Maßnahmen auf Bundes- und EU-Ebene unterstützt werden, die für

---

<sup>3</sup> [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>4</sup> [www.vier-pfoten.de/files/Germany/Veranstaltungen/Trendstudie-Tierwohl-Vier\\_Pfoten.pdf](http://www.vier-pfoten.de/files/Germany/Veranstaltungen/Trendstudie-Tierwohl-Vier_Pfoten.pdf).

mehr Transparenz gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern sorgen und mit vertretbarem Aufwand eine eindeutige und verlässliche Kennzeichnung zu Herkunft und Haltungsform ermöglichen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'M. Jungclaus', with a stylized, flowing script.

Michael Jungclaus  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen